

Anneli Ute Gabanyi

Rumänien: Regierungspolitik in Zeiten der Krise

Definition der Krise

Rund zweihundert Tage dauerte die positive, von großen Hoffnungen und Erwartungen getragene Entwicklung der rumänischen Politik nach den Wahlen vom November 1996.¹ In einem halben Jahr hatte die neue rumänische Regierung unter Premierminister Victor Ciorbea bemerkenswerte Erfolge verbuchen können. Die wirtschaftliche Talfahrt konnte gestoppt werden, die erzielte makroökonomische Stabilisierung führte zu einem erhöhten Zustrom ausländischen Kapitals. Subventionen wurden abgebaut, soziale Härten kompensiert. Besonders augenfällig waren die außenpolitischen Erfolge der neuen rumänischen Führung, an denen der ebenfalls 1996 gewählte Präsident Emil Constantinescu einen nicht geringen Anteil hatte, in diesem Zeitraum: Abschluß des Grundlagenvertrags mit der Ukraine, Aufwertung der Beziehungen zu Ungarn, Hervorhebung der Fortschritte Rumäniens auf dem Wege der Demokratisierung und Nennung Rumäniens als – neben Slowenien – aussichtsreichster Kandidat für einen künftigen zweiten Erweiterungsschritt der NATO. Nie zuvor in seiner Geschichte, so Präsident Emil Constantinescu, sei Rumäniens Sicherheit so unangefochten gewesen wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt, nie zuvor sei sein Ansehen in der Welt so hoch gewesen. Nun liege es an den Rumänen selbst, diese vielversprechenden Vorgaben zu nutzen und die einmalige Chance für den inneren Aufbau des Landes zu ergreifen.²

Diese Chance scheint vorerst verspielt. In Rumänien regiert seitdem die Krise. Eine Krise in drei konzentrischen Teufelskreisen – innerhalb der Parteien, innerhalb der Parteibündnisse und in der Regierungskoalition. Eine Krise auf Raten, die Elemente der Tragödie mit Elementen des absurden Theaters verbindet. Eine Krise, die so lange Zeit geleugnet und heruntergespielt wurde, bis die Lösungen nur noch kurzfristig wirksam waren – bis zum nächsten Akt der Krise. Eine Krise auch, die unmittelbar auf die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung durchschlägt, da sich die rumänische Wirt-

¹ Der Koalitionsregierung gehören folgende Parteien und Parteienbündnisse an: *Christdemokratische Nationale Bauernpartei*, *Nationalliberale Partei* und *Partei Alternative Rumäniens*, zusammengeschlossen in der *Rumänischen Demokratischen Konvention*; *Demokratische Partei* und *Rumänische Sozialdemokratische Partei*, zusammengeschlossen in der *Sozialdemokratischen Union*; und schließlich der *Demokratischer Verband der Ungarn Rumäniens*. Siehe hierzu: Anneli Ute Gabanyi: Rumäniens neue Regierung Ciorbea: Eine Bilanz nach 200 Tagen, in: *Südosteuropa*, 46. Jg., 7-8/1997.

² Emil Constantinescu in: *România Liberă*, 19.1.1998.

schaft infolge Zentralismus und Reformstau noch immer in (über)großer Abhängigkeit von staatlicher Politik befindet.³

Vor dem NATO-Gipfel vom 8. Juli 1997 in Madrid hatten sich die Koalitionspartner darauf geeinigt, das wirtschaftliche Reform- und Umstrukturierungsprogramm nicht zu forcieren, um soziale Unruhen zu vermeiden und das Bild der inneren Stabilität Rumäniens nicht zu beschädigen. Der damalige Premierminister Victor Ciorbea sprach das offen aus: "Letztlich – das müssen wir offen zugeben – übten wir alle eine gewisse Zurückhaltung, solange wir uns in der Kampagne um die Integration Rumäniens in die NATO und die Europäische Union befanden, praktisch bis Ende Juli also."⁴

Solange galt der koalitionsinterne Konsens, ausgesprochen oder nicht, auch für den Umgang der Koalitionsparteien untereinander. Unmittelbar nach dem NATO-Stichtag⁵ traten die innerhalb der Regierung schwelenden Konflikte jedoch offen zutage. Im Verlauf der Sommermonate eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen der *Demokratischen Partei* und der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei* über die Rückgabe von Häusern und Boden. *Bauernpartei* und *Ungarnverband* stritten über die Novellierung des Unterrichtsgesetzes. Am 23. August 1997, kurz vor der parlamentarischen Sommerpause, einigten sich die Koalitionsparteien auf ein neues Dokument zur Regelung ihrer Zusammenarbeit in Regierung und Parlament.

Die Ursachen der Krise

Von einer Krise – Koalitionskrise, Regierungskrise, politische Krise? – mochte lange Zeit kein rumänischer Politiker sprechen. Anfang Juli 1997 weigerte Premierminister Victor Ciorbea sich noch, zu glauben, daß die "Funktionsstörungen" innerhalb der Koalition zu einer echten Regierungskrise führen könnten.⁶ "Wir sind dazu verdammt, zusammen zu bleiben", sagte der Vorsitzende der *Bauernpartei* Ion Diaconescu in einem Fernsehgespräch zum Thema 'Zukunft der Koalition'. Die gegenwärtige Koalition, so der Politiker, sei die einzige Koalition, die eine Rückkehr der postkommunistischen Parteien an die Macht verhindern könne. Sie allein sei fähig, ein Reformprogramm durchzusetzen und Rumäniens Integration in die euro-atlantischen Strukturen zu gewährleisten.⁷ Staatspräsident Constantinescu war auch nicht bereit, angesichts der zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen den Koalitions-

³ Emmerich Reichrath: Warum so viel von der Regierung abhängt, in: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 21.1.1998; Cum va reacţiona economia? [Wie wird die Wirtschaft reagieren?], in: *Tribuna Economică*, Nr. 4, 28.1.1998.

⁴ Interview Victor Ciorbea in: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 11.9.1997.

⁵ Anneli Ute Gabanyi: Rumänien und die NATO, in: Karl G. Kick; Stefan Weingarz; Ulrich Bartosch [Hrsg.]: *Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik. Jens Hacker zum 65. Geburtstag*. Berlin 1998, S. 261-286.

⁶ *Mediafax*, 3.7.1997.

⁷ Siehe hierzu Horaţiu Pepine: Coaliţia CDR-USD – amnezie contractuală [Die Koalition zwischen DDKR und SUU – vergessene Abkommen], in: *Sfera Politicii*, Nr. 48/1997, S.18.

parteien von einer echten politischen Krise zu sprechen, da die gegenwärtige Koalitionsregierung mit der von den Wählern 1996 getroffenen politischen Option immer noch übereinstimme.⁸

Inzwischen ist die Krise offensichtlich. Es stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Krise und nach den Verantwortlichen für diese fatale Entwicklung.

Mangelnde Koalitionserfahrung

Die Regierungsbeteiligung liberaler und nationalistisch-sozialistischer Parteien vor 1996 war eher formal angesichts des autoritären Führungsstils, den die auf Präsident Ion Iliescu eingeschworene Mehrheitspartei im Umgang mit den kleinen Koalitionspartnern pflegte. Erst die im November 1996 von Premierminister Victor Ciorbea gebildete Regierung kann als erste wirkliche Koalitionsregierung Rumäniens nach der Wende bezeichnet werden. Naturgemäß fehlte es den Politikern anfangs an Erfahrung mit dieser demokratischen Regierungsform, die ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen der Koalitionspartner ebenso voraussetzt wie einen minimalen Wert- und Zielkonsens.

Erschwerend für den Zusammenhalt der rumänischen Regierung nach 1996 kam hinzu, daß auch demokratieerfahrene westliche Politiker sich zugunsten ihrer weniger demokratiegeübten rumänischen Parteifreunde in deren Koalitionshandel einmischten. Dadurch wurde der Koalitionsstreit weiter angefacht und die Bereitschaft der Parteien, Lösungen im Konsens zu finden, weiter herabgemindert – zum Schaden der Demokratie insgesamt.⁹

Programmatische Differenzen in der Koalition

Die Parteien der Regierungskoalition sind hinsichtlich ihrer Vorgeschichte, ihrer Mitgliederstruktur, ihrer Wert- und Zielvorstellungen ausgesprochen heterogen. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition werden daher nicht selten zu unvereinbaren Gegensätzen hochstilisiert. Entsprechend divergent sind die von den Parteien angepeilten Zielsetzungen. Reformen werden von allen Regierungsparteien befürwortet, es gibt jedoch sehr wohl unterschiedliche Einschätzungen von Inhalt und Tempo der Reformen. Differenzen bestehen auch in Fragen der Rückgabe von Agrar- und Waldflächen sowie von verstaatlichten Wohnungen an die früheren Besitzer.¹⁰

⁸ Emil Constantinescu in: *România Liberă*, 19.1.1998.

⁹ Dabei tat sich besonders Wim van Welzen hervor, der Vorsitzende der Europäischen Union der Christdemokraten, der als Gast der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei* in der (rumänischen) Öffentlichkeit mehrfach harsche Kritik an den (rumänischen) Sozialdemokraten übte. Um seine Stellungnahme auszustrahlen, waren sogar die regulären Fernsehsendungen unterbrochen worden. Siehe hierzu: Streit in der rumänischen Koalition, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.2.1998; Cristian Tudor Popescu: *Politica hazardului sinucigaş* [Die Politik des selbstmörderischen Hasardierens], in: *Adevărul*, 4.2.1998; Stere Gulea *dă explicaţii* [Stere Gulea erklärt sich], in: *România Liberă*, 6.2.1998.

¹⁰ Vgl. Reibereien in der rumänischen Koalition, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 21.11.1997.

Die wichtigste Konfliktlinie verläuft zwischen der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei*, der stärksten Partei des konservativen Parteienbündnisses *Demokratische Konvention Rumäniens*, und der *Demokratischen Partei*, die ihrerseits in der *Sozialdemokratischen Union* den stärkeren Partner stellt.

In den Führungsgremien der *Bauernpartei* überwiegen Politiker der älteren Generation, viele von ihnen ehemalige politische Häftlinge oder aus der fundamental antikommunistischen Opposition hervorgegangen, mit festen politischen Vorstellungen und moralischem Rigorismus, jedoch ohne Regierungs- und Verwaltungserfahrung. Für die *Christdemokratische Nationale Bauernpartei* stehen sozial abgefederte wirtschaftliche, aber auch politische Reformen im Vordergrund. Sie bestehen auf der weitestgehenden Restitution von Grund und Boden sowie auf der Rückgabe der verstaatlichten Häuser. In der Restitutionsfrage verweist die *Bauernpartei* darauf, daß ihre Forderungen durch die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gedeckt sind. Diese hatte am 24. April 1997 anlässlich der Aussetzung des *Special Monitoring* Rumäniens durch dieses Gremium u.a. auch diese Auflage gemacht.¹¹

Die Politiker der *Demokratischen Partei* sind vorwiegend mittleren Alters, "Söhne und Schwiegersöhne der Nomenklatura vor 1989" oder ehemalige Technokraten des Ceauşescu-Regimes, politisch pragmatisch und ideologisch flexibel. Dank ihrer Beteiligung an der Regierung von Premierminister Petre Roman zwischen Dezember 1989 und September 1991 verfügen sie über die Erfahrung der Macht. Die sozialdemokratische *Demokratische Partei* gibt sich betont wirtschaftsliberal, für ihre Vertreter haben wirtschaftliche Privatisierung und Verwaltungsreformen Vorrang. In der Frage der Bodenrückgabe treten sie für die Erhaltung rentabler Staatsbetriebe ein. In der Frage der Rückgabe der vor 1989 verstaatlichten Häuser wollen sie nicht nur die Rechte der Alteigentümer, sondern auch den Schutz der jetzigen Mieter gewährleisten sehen.

Auf einem weiteren, von ethnischen Interessen geprägten Spannungsfeld sehen sich die rumänischen Koalitionsparteien insgesamt mit dem *Ungarnverband* konfrontiert. Im Gegensatz zu den von seinen Kandidaten im Wahlkampf vertretenen Positionen zugunsten von Reformen und der Angleichung an Europa vertritt der Ungarnverband im politischen Alltag ausschließlich spezifische Interessen der ungarischen Minderheit. Ein zentrales Ziel, das der Verband mit seiner Beteiligung an der Regierungskoalition verfolgt, ist die Gründung einer separaten, staatlich finanzierten ungarischen Universität in Cluj/ Klausenburg.

¹¹ Weitere Auflagen betreffen Korrekturen des Strafrechts, die Verbesserung der Lage von Strafgefangenen und Straßenkindern, die bessere soziale Integration der Roma sowie den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Siehe hierzu: Vine şi scadenţa obligaţiilor asumate la Consiliul Europei [Der Stichtag für die Einlösung der gegenüber dem Europarat eingegangenen Verpflichtungen naht], in: *Azi*, 23.1.1998.

Der Parteienproporz

Die Interessengegensätze zwischen den Koalitionsparteien gewinnen durch die extreme Politisierung aller Aspekte der Regierungspolitik zusätzlich an Brisanz. Die Erklärung hierfür liefert der Parteienproporz. Dieser in Rumänien sogenannte "Algorithmus" wird in der Regierungsvereinbarung zwischen den Koalitionsparteien (dem in Rumänien sogenannten Regierungsprotokoll) festgeschrieben. Das "heilige Protokoll", wie es ein Kommentator nennt, regelt den Anteil an Posten und Positionen, der jeder Koalitionspartei in Regierung und Verwaltung, aber auch im Bereich der staatlichen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, zugestanden wird. Jeder Verstoß gegen das Protokoll führt automatisch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition.

In einem Aufsatz, den Andrei Pleşu vor seiner Ernennung zum Außenminister verfaßte, prangerte er dieses Proporzsystem heftig an. Er rügte die Tatsache, daß in Rumänien – entsprechend der politischen Färbung der jeweiligen Minister – zwischen "guten" und "schlechten" Ministerien unterschieden würde. Die Minister würden nicht gemäß ihrer Leistung, sondern aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit beurteilt.¹²

Mangel an Fachkompetenz und Koordinierung

Die Anwendung des Parteienproporzes hat zur Folge, daß bei der Nominierung hoher Staatsbeamter Parteizugehörigkeit allzu oft vor Sachkompetenz rangiert. Es gehört zu den Klischees der regierungsfeindlichen Presse, die *Demokratische Konvention Rumäniens* an die ihr angeblich zur Verfügung stehenden 15.000 Spezialisten zu erinnern, mit denen sie im Wahlkampf geworben hatte. Daraus werden zwei entgegengesetzte Vorwürfe an die Adresse des konservativen Parteienbündnisses abgeleitet: Zum einen, so heißt es, habe sich nach den Wahlen erwiesen, daß die vormalige Opposition über weit weniger gut ausgebildete Spezialisten verfüge als die versprochenen 15.000, zum anderen wird sie beschuldigt, die gesamte Administration mit den eigenen Gefolgsleuten besetzt zu haben.¹³

Tatsache ist, daß die Koordinierung innerhalb der Regierung zwischen den Fachleuten unterschiedlicher politischer Couleur einer der großen Schwachpunkte der Regierungen nach 1996 war. Als besonders verhängnisvoll erwies sich die mangelnde Abstimmung zwischen Institutionen und Akteuren bei der Ausarbeitung der Privatisierungs- und Investitionsgesetzgebung – um nur jene Gesetze hervorzuheben, die mit Blick auf die Vergabe westlicher Kredite, das Ankurbeln der westlichen Direktinvestitionen und die Bestrebungen Rumäniens zur Aufnahme in EU und NATO von größter Bedeutung sind. Ein Beispiel: Zum Jahresbeginn 1997 änderte die Regierung Ciorbea die drei nach der Wende erlassenen rumänischen Privatisierungsgesetze¹⁴. Drei Eilverordnungen der Regierung wurden erlassen, die der künftigen Politik der be-

¹² Andrei Pleşu: *Câte guverne avem?* [Wie viele Regierungen haben wir?], in: *Dilema* Nr. 235, 25.-31.7.1997.

¹³ Marius Băzu: 15.000 de specialiști [15.000 Spezialisten], in: 22, Nr. 15, 14.-20.4.98.

¹⁴ Gesetz Nr. 58/1991, Gesetz Nr. 55/1994 und Gesetz Nr. 77/1995.

schleunigten Privatisierung der Staatsunternehmen zugrunde liegen sollten. Die Normen zur Umsetzung der Eilverordnungen wurden erst im August 1997 erlassen, doch erst als im Dezember 1997 die Anweisungen für die Umsetzung der Normen über die Anwendung der Eilverordnungen durch den Staatlichen Privatisierungsfonds publik gemacht wurden, war die gesetzliche Basis für die Privatisierungspolitik gegeben.¹⁵ Da aber im Dezember 1997 im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung ein neues Privatisierungsministerium geschaffen wurde mit dem Ziel, den Privatisierungsprozeß organisatorisch zu straffen, wurde dem Parlament eine weitere Eilverordnung mit einer Novelle zum Privatisierungsgesetz zugeleitet. Ähnlich schleppend verlief auch der gesetzgeberische Prozeß im Falle der Bankenprivatisierung: Präsident Constantinescu verabschiedete das Gesetz im Mai 1997, die Normen zur Durchführung des Gesetzes wurden erst im August 1998 fertiggestellt.

Der Kampf um die Macht im Staate

Den eigentlichen Grund für die chronische Krise sehen einige Beobachter und Politiker in der Spaltung zwischen den neuen Ministern und Staatssekretären, die den bei den Wahlen von 1996 siegreichen Parteien angehören und der Ministerialbürokratie, die praktisch identisch mit der Bürokratie vor 1996 ist. Glaubt man den neuen Machthabern, dann ist der Einfluß der alten Machteliten immer noch stark. Im November 1996, so Staatspräsident Emil Constantinescu knapp ein Jahr danach, habe man die Wahlen gewonnen, doch die Macht habe man noch nicht errungen. Die Macht befinde sich weiterhin in den Händen der Wirtschaftskriminellen.¹⁶ Davor hatte Andrei Pleşu die neue Führung, der er erst Monate später als Außenminister angehören sollte, zu einer kämpferischen Haltung aufgerufen: "Die Mächtigen müssen die Tatsache akzeptieren, daß sie an der Macht sind. Sie müssen dazu fähig sein, Veränderungen herbeizuführen oder zumindest jene Entwicklungen unter Kontrolle halten, die sie nicht verändern können."¹⁷

Seit seinem Rücktritt spart der ehemalige Ministerpräsident Victor Ciorbea nicht mit Schuldzuweisungen für die krisenhafte Entwicklung des letzten Jahres. In einer aufsehenerregenden Rede auf einem Seminar seiner Partei, der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei*, bezeichnete er die Koalitionsabsprache über eine Verzögerung der Reformen bis zum Madrider NATO-Gipfel, die "im Einvernehmen mit einer hohen Institution" – gemeint ist zweifellos Staatspräsident Emil Constantinescu – getroffen worden sei, als eine Fehlentscheidung mit fatalen Folgen für seine Partei. Die Hauptschuld sieht Ciorbea jedoch bei Petre Roman *Demokratischer Partei*. Sie habe die Stillhaltevereinbarung zwar mitgetragen, nach Madrid jedoch allein die

¹⁵ Octavian Ştireanu: Importantă nu e legea, ci exerciţiul ei practic [Wichtig ist nicht das Gesetz, sondern seine praktische Anwendung], in: *Azi*, 20.1.1998.

¹⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.9.1997.

¹⁷ Andrei Pleşu: Câte guverne avem? [Wie viele Regierungen haben wir?], in: *Dilema*, Nr. 235, 25.-31.7.1997.

Bauernpartei für die langsamen Reformfortschritte der Koalition verantwortlich gemacht.¹⁸

Die Wirtschaft: Stabilisierung ohne Umstrukturierung?

Von ihrer Vorgängerin hatte die neue Regierung unter Ministerpräsident Ciorbea im November 1996 ein schweres wirtschaftliches Erbe übernommen. Die neue Regierung mußte die Kosten für die Wahlgeschenke bezahlen, die ihre Vorgänger – erfolglos – verteilt hatten.¹⁹ Dennoch war es ihr in der ersten Jahreshälfte 1997 gelungen, einen bemerkenswerten makroökonomischen Stabilisierungseffekt zu erzielen. Zum Ende des Jahres lag das Defizit des Staatshaushalts bei 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (1996 - 5,1 Prozent), die Devisenreserven der Nationalbank stiegen von 2,1 auf 2,8 Milliarden USD. Es wurde ein normales Funktionieren des Devisenmarktes erreicht, der nach der Flut von Portfolio-Investitionen, die die Bukarester Aktienbörse Anfang 1997 überschwemmt hatten, ins Schleudern geraten war.

Die Inflation blieb während der ersten Monate des Jahres 1997 noch unter Kontrolle, stieg dann aber im Jahresdurchschnitt auf unerwartet hohe 150 Prozent. Der Grund: die zum 1. August 1997 erfolgte Anpassung der Löhne und Renten an die erhöhten Teuerungsraten, die Ausgleichszahlungen an die freigestellten Bergarbeiter der stillgelegten Zechen des Schiltales und die Liquiditätsspritzen für notleidende Staatsbanken. Insgesamt wiesen die wirtschaftlichen Grundindikatoren des Jahres 1997 jedoch nach unten. Das Bruttoinlandsprodukt ging um 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück, die Kaufkraft der Bevölkerung sank um 22,4 Prozent.²⁰

1998 setzte sich die Talfahrt der Wirtschaft weiter fort. Im ersten Quartal dieses Jahres sank das Bruttoinlandsprodukt um 9,4 Prozent, die Industrieproduktion ging um 12,7 Prozent zurück. Die erwartete Wachstumsrate wurde von Null auf minus 2 Prozent zurückgeschraubt. Die Auslandsschulden Rumäniens beliefen sich 1997 auf 10,4 Milliarden Dollar (1996: 8,1 Milliarden Dollar). Die Schuldendienstquote betrug 21,0 Prozent (1995: 14,3). Sie wird im laufenden Jahr auf 24,3 Prozent ansteigen.²¹ Auch die demographische Situation wird problematisch – 1998 wird das Verhältnis Lohnempfänger/Rentner 1/1,5 betragen.²² Eine der wenigen positiven Meldungen: Zwischen Februar und Juni 1998 war die monatliche Inflationsrate von 7,2 Prozent auf 1,3 Prozent gefallen.²³

¹⁸ Der Text der am 6.6.1998 in Bukarest gehaltenen Rede Victor Ciorbeas wurde in der Wochenzeitung 22, Nr. 23, 9.-15.6.1998, veröffentlicht.

¹⁹ Staatspräsident Emil Constantinescu in: *Adevărul*, 28.11.1997.

²⁰ Siehe hierzu Daniel Dăianu: *Macroeconomia: ținte și constrângeri* [Die Makroökonomie: Ziele und Beschränkungen], in: *Adevărul*, 7.1.1998.

²¹ *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 9.1.1998.

²² Lelia Munteanu: *Aici sunt banii dumneavoastră* [Hier ist Ihr Geld], in: *Adevărul*, 20.1.1998.

²³ Siehe hierzu: *Länderanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: Rumänien, Hauptbericht Mai 1998; *Wirtschafts-Information Rumänien*, Ausgabe 7/1998, 29. Juli 1998;

Stabilisierung **und** Umstrukturierung waren die beiden wichtigsten Komponenten des Programms, das Premierminister Victor Ciorbea im Februar 1997 mit den internationalen Finanzorganisationen ausgehandelt hatte. Bereits zwei Tage nach seinem Regierungsantritt hatte Ciorbea versichert, daß man "alle Auflagen des künftigen Abkommens, auch die schmerzhaften, erfüllen werde, um diesen historischen Zug nicht zu verpassen."²⁴ Darin wurde mit Rumänien ein Beistandskredit über 430 Millionen USD in fünf Tranchen mit Laufzeit von 13 Monaten vereinbart. Nach Abschluß der ersten Überprüfung des laufenden Beistandsabkommens drängte der IWF auf eine Beschleunigung der Strukturreformen, insbesondere auf die Privatisierung der Staatsunternehmen und die Schließung von Verlustbetrieben.

Zum Jahresende 1997 war die Bilanz der Privatisierungsanstrengungen der Regierung Ciorbea enttäuschend: Anstelle der vorgesehenen 2.700 Staatsbetriebe waren nur rund 1.400 Betriebe privatisiert worden. Auf der Habenseite verbuchte die Regierung hingegen die erfolgreichen Restrukturierungsmaßnahmen im Kohlebergbau, in deren Verlauf zwischen Januar und September 1997 rund 70.000 Bergarbeiter, mit staatlichen Abfindungen versehen, freiwillig auf ihren Arbeitsplatz verzichtet hatten.²⁵ Die Weltbank leistete bei diesem Programm Expertenhilfe.

Wegen der anhaltenden Regierungskrise verschob der IWF im Februar 1998 die Auszahlung der dritten Tranche des Standby-Abkommens in Höhe von 86 Millionen USD. Nachdem die Weltbank im April das FESAL-Abkommen mit Rumänien offiziell für beendet erklärt hatte²⁶, entschloß sich auch der IWF, das Standby-Abkommen mit Rumänien auszusetzen.

Die ausbleibenden Privatisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen gefährden bereits die von der Regierung Ciorbea in der Anfangszeit so schwer erkämpften makroökonomischen Stabilisierungserfolge.²⁷ Gemessen an dem Ausmaß der sozialen Kosten, welche die Bürger seit Jahresbeginn 1997 zu tragen hatten, war das soziale Klima im Lande dennoch erstaunlich ruhig. Die Reformbereitschaft der rumänischen Bevölkerung, die im November 1996 für die vormalige Opposition gestimmt hatte, ist immer noch hoch. Im Juni 1998 sprachen sich 59 Prozent der Befragten für eine Beschleunigung des Reformtempo aus, 10 Prozent waren der Meinung, das Tempo sei korrekt und 7 Prozent plädierten für eine Verlangsamung.²⁸

Romanian Economic Monitor. Privatization and Restructuring Revitalized, *PlanEcon Report*, Volume XIV, July 30, 1998, Numbers 21-22.

²⁴ Ovidiu Nahoi: Ciorbea '98 precum Văcăroiu '95 [Ciorbea '98 wie Văcăroiu '95], in: *Azi*, 3.3.1998.

²⁵ *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 11.9.1997.

²⁶ Ilie Şerbănescu: Ulciorul nu merge de prea multe ori la apă [Der Krug geht nicht allzu oft zum Brunnen], in: 22, Nr. 21, 26.5.-1.6.1998.

²⁷ Rumänien braucht mehr Reformschwung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 4.12.1997.

²⁸ Berthold Kohler: Die schwerste Prüfung steht den Rumänen noch bevor, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.4.1997. Die Ergebnisse der Umfrage wurden in der *Zeitung Azi*, 26.6.1998, veröffentlicht.

In der zweiten Jahreshälfte 1997 verschlechterte sich das soziale Klima. Die Euphorie angesichts des Wahlsieges der Opposition vom November 1996 ist Ernüchterung und Enttäuschung gewichen. Das Vertrauen der Bürger in politische Institutionen wie Regierung, Parteien und sogar Präsidentschaft sinkt ebenso wie ihr Vertrauen in die seit 1996 regierenden Personen. Besonders steil nach unten geht in den Meinungsumfragen die Einschätzung des von der Regierung eingeschlagenen Kurses durch die Bürger. Im Juni 1997 waren 26 Prozent der Befragten der Meinung, das Land bewege sich in die falsche Richtung, im Dezember 1997 stieg ihre Zahl auf 34 Prozent und im Juni 1998 schließlich auf 52 Prozent – doppelt so viele wie ein Jahr zuvor!

Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Victor Ciorbea, selbst ehemals führender Gewerkschafter, mit seinen früheren Kollegen ein Abkommen über die geplanten Reformprogramme der Regierung getroffen. Angesichts der auch unter Premierminister Ciorbea stagnierenden Reformen forderten die Gewerkschafter die Reformen ein.²⁹ Es kam zu lokalen Streiks und Straßenblockaden durch Arbeiter, die gegen die geplante Schließung ihres Betriebes protestierten oder vom Staat Aufträge erpressen wollten. Für den Fall daß die Regierung mit den angekündigten Reformmaßnahmen ernst macht, ist angesichts der Verschlechterung der Wirtschaftslage, der fortdauernden politischen Instabilität und eventueller außenpolitischer Rückschläge mit neuen Formen des sozialen Protests in Rumänien zu rechnen. Anstelle lokal begrenzter Streiks in einzelnen Betrieben erwarten Beobachter dann landes- und branchenweite Aktionen größeren Ausmaßes.³⁰

Dezember 1997: Neuanfang mit Technokraten

Am Jahrestag der Wahlen vom November 1996 gingen in Bukarest Tausende aus Protest gegen die "erschreckende Bilanz" der amtierenden Regierung auf die Straße.³¹ Am 2. Dezember 1997 gab Premierminister Victor Ciorbea sein neues Kabinett bekannt, um das es zwischen den Koalitionspartnern zuvor ein intensives Tauziehen gegeben hatte.

Im Dezember 1997 wurden sieben Minister – das ist ein Drittel des Kabinetts – ausgetauscht. Zudem wurde ein neues Ministerium – das Privatisierungsministerium – geschaffen mit dem Ziel, eine bessere Planung und Koordinierung der rumänischen Reformpolitik zu gewährleisten. Die für den Reformprozeß wichtigen Ministerposten wurden mit allseits anerkannten Fachleuten und Vertretern der Zivilgesellschaft besetzt. Ernannt wurden

²⁹ Romulus Niță, Stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Alfa, in einem Interview mit der Zeitung *Azi*, 9.1.1998.

³⁰ Vlad Roșca: Am reușit să instituționalizăm cadrul dialogului social [Es ist uns gelungen, den Rahmen für den sozialen Dialog abzustecken], in: 22, Nr. 9, 3.-9.3.1998; Marius Niță: Dl. Ciorbea își încaieră foștii colegi [Herr Ciorbea prügelt seine ehemaligen Kollegen], in: *Adevărul*, 29.1.1998.

³¹ Proteste gegen die rumänische Regierung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.11.1997.

- Daniel Dăianu (ein auch international bekannter Finanzfachmann und jahrelang Chefökonom der Rumänischen Nationalbank, *parteilos*, aber der *Nationalliberalen Partei* nahestehend) zum Finanzminister;

- Ilie Șerbănescu (ein prominenter Wirtschaftsfachmann und der wohl bekannteste Wirtschaftsjournalist des Landes, *parteilos* und auch als Minister unabhängig) zum Reformminister;

- Andrei Marga, der ehemalige Rektor der Klausenburger Babeș-Bolyai-Universität und Vertreter der Zivilgesellschaft, zum neuen Unterrichtsminister Marga ist ein glänzender Fachmann und Verwalter, der sich der Partei-räson – er ist Mitglied der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei* – nicht immer und unbedingt unterwirft.

Für diese Neubesetzungen des Kabinetts hatten alle Koalitionsparteien mit Ausnahme des *Ungarnverbands* auf einige der ihnen bisher aufgrund des Proportzes zugesprochenen Ressorts verzichten müssen. Die *Christdemokraten* verzichteten auf das Finanzministerium und setzten den ehemaligen Finanzminister Mircea Ciomara an die Spitze des bisher von einem *Nationalliberalen*, dem Geschäftsmann Ion Popescu Tăriceanu, gehaltenen Ministeriums für Wirtschaft und Außenhandel. Dafür erklärten die *Nationalliberalen* den *parteilosen* Daniel Dăianu zum Liberalen. Die *Demokratische Partei* war erneut in ihrem Bemühen gescheitert, zumindest ein mit Wirtschaftsfragen befaßtes Ministerium für sich zu gewinnen oder einen ihrer Politiker an die Spitze des Staatlichen Privatisierungsfonds zu setzen. Und auch die kleine, der *Demokratischen Konvention Rumäniens* zugehörige *Partei Alternative Rumäniens* hatte vergeblich ein Ministeramt gefordert.

In zahlreichen Stellungnahmen versuchte der Premierminister dem Eindruck entgegenzuwirken, die Umbildung sei als Indiz des Scheiterns seiner Regierung und der unsicheren politischen Lage in Rumänien zu werten. Vielmehr bezeichnete er die getroffenen Maßnahmen als selbstkritische Reaktion auf Fehlleistungen der Regierungsmannschaft. Um den manifesten Mangel an Kommunikation und Koordination innerhalb des Kabinetts sowie zwischen Parlament und Exekutive in Zukunft zu beheben, kündigte Ciorbea für die Zukunft eine härtere Gangart an. Fortan, so der Premierminister, werde er keine Kritik der Regierung durch ihre Minister in der Presse dulden. Wer sich nicht an diese Verhaltensregel halte, müsse zurücktreten.³² Auch innerhalb seiner Partei konnte der Premierminister seine Position festigen: Die Bauernpartei ernannte ihn zu einem ihrer Vizepräsidenten.

Februar 1998: Die Krise nach der Krise

Im Anschluß an die Regierungsumbildung sagte Staatspräsident Constantinescu: "Wenn die Reform jetzt scheitert, dann hat Rumänien im dritten Jahrtausend keine Chance, aber auch keine Entschuldigung mehr".³³ Die neue

³² Premierul Victor Ciorbea se dă dur cu întârziere de un an [Premierminister Victor Ciorbea zeigt sich mit einjähriger Verspätung hart], in: *Adevărul*, 3.12.1997.

³³ Kabinettsumbildung in Rumänien, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.12.1997.

Regierung scheiterte schneller als befürchtet. Mit der Bildung der zweiten Regierung Ciorbea konnten die Interessengegensätze innerhalb der regierenden Koalition nur kurzfristig gedämpft werden – gelöst worden waren sie nicht. Nun stellte sich die Frage, ob Premierminister Victor Ciorbea bei seinem zweiten Anlauf über mehr Autorität im Kabinett verfügen würde. Die Antwort auf diese Frage ließ nicht lange auf sich warten – und sie war negativ.

Erste Anzeichen dafür, daß sich in der zweiten Regierung Ciorbea eine "Krise nach der Krise" anbahnte, folgten bald. Bereits am 9. Dezember 1997 zog der *Demokratische Verband der Ungarn Rumäniens* seine beiden Minister (György Tokay – Minderheiten und Ákos Birtalan – Tourismus) bis auf weiteres aus dem Kabinett zurück. Der Grund: Im Senat hatten Senatoren der Regierungskoalition gemeinsam mit Vertretern der Opposition für einen Zusatz zum Unterrichtsgesetz gestimmt, der die Gründung einer eigenen ungarischen Universität oder auch nur eigener ungarischer Fakultäten ausschließt. Empört präsentierte daraufhin der Vorsitzende des *Ungarnverbandes*, Béla Markó, den Vertretern der Presse den Text eines Geheimabkommens, welches sein Verband im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen im November 1996 mit den anderen Koalitionsparteien unterzeichnet habe und das anlässlich der Regierungsumbildung im Dezember 1997 aktualisiert worden sei. Darin sei dem *Ungarnverband* die Erfüllung all seiner Wünsche hinsichtlich des Unterrichtsgesetzes zugesagt worden, mit Ausnahme der Frage des Unterrichts der Fächer Rumänische Geschichte und Geographie, der für Minderheiten auch weiterhin in rumänischer Sprache abgehalten werden sollte.³⁴

Angesichts der Tatsache, daß diese Kontroverse unmittelbar vor dem Luxemburger EU-Gipfel stattfand, wo über die künftigen Beziehungen der assoziierten Staaten zur Union entschieden werden sollte, schaltete sich Präsident Constantinescu persönlich in die Debatte ein. Am Vorabend einer geplanten Zusammenkunft des sogenannten internen Parlaments des *Ungarnverbandes* versprach er, kein Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft zu setzen, das der ungarischen Minderheit das Recht auf die Gründung einer eigenen Universität vorenthalte.³⁵ Daraufhin beschlossen die Vertreter des *Ungarnverbandes*, ihre Minister in der Regierung zu belassen. Gleichzeitig verbanden sie ihre weitere Teilnahme an der Koalition mit der Erfüllung der gemachten Zusagen.³⁶

Der Vorsitzende der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei*, Ion Diaconescu, bestätigte, daß es eine solche Übereinkunft zwischen dem *Ungarnverband* und den anderen Koalitionsparteien gegeben habe. Er zeigte sich zuversichtlich, daß die Abgeordnetenkammer für die ursprüngliche, von der Regierung ausgearbeitete Fassung des Unterrichtsgesetzes stimmen werde

³⁴ Konflikt in der rumänischen Regierung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11.12.1997; Dumitru Tinu: *Rebeliunea udemeristă* [Die Rebellion des Ungarnverbandes], in: *Adevărul*, 13.12.1997;

³⁵ Rumäniens umstrittenes Erziehungsgesetz, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 13.12.1997.

³⁶ Der Ungarnverband verbleibt in der Regierung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.12.1997.

und nicht für die vom Senat gebilligte Fassung.³⁷ Senator George Pruteanu wurde aus der *Bauernpartei* ausgeschlossen. Der gefundene Kompromiß gewährte der Koalition einen weiteren Aufschub, trug jedoch entscheidend zur Schwächung des Premierministers bei.

Eine zweite, weitaus schwerere Herausforderung für die Autorität des Premierministers kam unmittelbar danach von der *Demokratischen Partei*. Deren Kritik an der Regierung entzündete sich im Zusammenhang mit der *causa* Adrian Severin. Dieser hatte am 22. September 1997, ohne seine Quellen zu nennen, angedeutet, daß er über Informationen verfüge, die belegten, daß Parteien, Politiker und Journalisten in Rumänien Zuwendungen ausländischer Geldgeber erhalten hätten. Zugleich ritt er eine harte Attacke gegen den Vorsitzenden seiner eigenen *Demokratischen Partei*, Petre Roman. Präsident Constantinescu forderte ihn auf, den Nachrichtendiensten die Informationen, über die er verfügte, zur Verfügung zu stellen. Falls sie sich als falsch herausstellen sollten, müsse er zurücktreten. Petre Roman wies Severin die Verantwortung für die von ihm gemachten Aussagen zu.

Am 22. Dezember 1997 erklärte der Oberste Nationale Verteidigungsrat Rumäniens, die Untersuchungen hätten ergeben, daß die von Außenminister Severin gemachten Behauptungen unbegründet seien. Er wurde aufgefordert, die Verantwortung zu übernehmen. Einen Tag später trat Severin zurück.³⁸ Als sein Nachfolger wurde Andrei Pleşu bestimmt, ein prominenter Kunsthistoriker und ehemaliger Regimekritiker, der als Kulturminister unter Premierminister Petre Roman (1989-1991) zwar gute Kontakte zur *Demokratischen Partei* besaß, ihr aber nie angehört hatte.

Severins erzwungener Rücktritt allein hätte die Koalitionskrise nicht erneut aufflackern lassen. Dies gelang erst seinem Parteifreund, Transportministers Traian Băsescu. In einem Zeitungsinterview³⁹ übte Băsescu nicht nur harsche Kritik an Premierminister Ciorbea, er sprach auch offen über Absichten seiner Partei, in der ersten Jahreshälfte 1998 aus der Regierung auszutreten. Eingedenk seiner Warnung, Verstöße gegen die Koalitionsdisziplin zu ahnden, rief Ciorbea Minister Băsescu zur Ordnung. Zwischen den Koalitionsparteien wurden Drohungen und Gegendrohungen, Ultimaten und Gegenultimaten ausgetauscht. Premierminister Ciorbea bot seinen Rücktritt an, seine Parteifreunde hinderten ihn daran.

³⁷ Corina Drăgotescu: Țărăniștii își cheamă la ordine deputații și pe ministrul Marga pentru a face pe plac UDMR-ului [Die Bauernpartei ruft die Abgeordneten und Minister Marga zur Ordnung, um dem Ungarnverband zu Gefallen zu sein], in: *Adevărul*, 6.1.1998; Diaconescu gibt UDMR bei Unterrichtsgesetz recht, in: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 7.1.1998.

³⁸ Zur Vorgeschichte des Rücktritts siehe Andrei Cornea: O demisie cu prea mult cântec [Zu viel Wirbel um einen Rücktritt], in: 22, Nr. 52, 30.12.1997 - 5.1.1998.

³⁹ *Evenimentul Zilei*, 29.12.1997. Wörtlich sagte Băsescu: "Die erste Partei, die [auf die Teilnahme an der Regierungstätigkeit] verzichten wird, ist eindeutig die DP, den wir sehen dies als eine der machbaren Lösungen des kommenden Jahres an, sehr wahrscheinlich sogar in der ersten Jahreshälfte."

Erst nachdem Präsident Constantinescu sich persönlich in die Auseinandersetzungen eingeschaltet hatte, unterzeichneten die Vorsitzenden der sechs Koalitionsparteien am 6. Februar 1998 ein Protokoll über die künftige Funktionsweise der Koalition.⁴⁰ Das Ergebnis der Übereinkunft war ein Minderheitskabinett mit parlamentarischer Unterstützung bzw. Duldung durch den ehemaligen Koalitionspartner. Es handelte sich ausdrücklich nicht um eine Minderheitsregierung. Die fünf Minister der *Demokratischen Partei* und der *Sozialdemokratischen Partei Rumäniens*, wurden aus der Regierung von Premierminister Victor Ciorbea, nicht aber aus der regierenden Koalition abgezogen. Außenminister Andrei Pleșu (er ist nicht Mitglied der *Demokratischen Partei*, wurde aber von ihr aufgestellt) blieb auf ausdrücklichen Wunsch des Staatspräsidenten und mit Billigung Petre Romans im Amt. Der Forderung Präsident Constantinescus, auch Verteidigungsminister Victor Babiuc (ebenfalls ein Mitglied der *Demokratischen Partei*) im Amt zu belassen, wurde seitens der Führung der *Demokratischen Partei* nicht entsprochen. An die Stelle der abgezogenen Minister von *Demokratischer* und *Sozialdemokratischer Partei* traten fünf neue Minister – drei von der *Bauernpartei*, einer von den *Liberalen* und erstmals auch einer von der *Partei Alternative Rumäniens*.

In der neuen Absprache der Koalition waren die Parteien übereingekommen, die Reformen weiterhin als Priorität der Arbeit der Koalition zu betrachten und alle Gesetzesvorlagen zu Reformfragen im Parlament zu unterstützen. Die Zusammenarbeit in der Koalition sollte durch zwei neu geschaffene beratende Ausschüsse – für politische Koordination und parlamentarische Koordination – verbessert werden. Sie traten an die Stelle des bisherigen Koalitionsausschusses der Koalition (CoCo), der Koalitionsentscheidungen von der Regierungs- auf die Parteiebene verlagert hatte.

Das neuerliche Aufflammen der Konflikte innerhalb der Koalition wenige Wochen nach der Einigung der Koalitionsparteien auf ein neues, entpolitisiertes Kabinett mit einem (scheinbar) gestärkten Premierminister, der entschlossen war, die überfälligen Reformmaßnahmen energisch anzupacken, wirkte in der Öffentlichkeit wie ein Schock. Die Möglichkeiten für eine politische Lösung der Krise waren angesichts der eben erst erfolgten Regierungsumbildung erschöpft. Die meisten Beobachter schoben die Schuld für diese neuerlichen Ausbruch der Spannungen innerhalb der Regierung vor allem der *Demokratischen Partei* zu, die sich bei der Ämtervergabe anlässlich der jüngsten Regierungsumbildung übergangen gefühlt habe. Mit dieser provozierten – und in dieser Form auch wiederholbaren – Krise habe die *Demokratische Partei* mehrere Ziele zugleich angestreut: ihr Ansehen bei den Wählern aufzubessern, eine vermehrte Kontrolle über wirtschaftliche Entscheidungsprozesse zu gewinnen und zur Vertiefung der Spaltungstendenzen innerhalb der *Rumäni-*

⁴⁰ Veröffentlicht in: *Adevărul*, 7.2.1998. Die Unterzeichner waren: Petre Roman (*Demokratische Partei*), Ion Diaconescu (*Christdemokratische Nationale Bauernpartei*), Mircea Ionescu Quintus (*Nationalliberale Partei*), Markó Béla (*Demokratischer Verband der Ungarn Rumäniens*), Sergiu Cunesu (*Sozialdemokratische Partei Rumäniens*) und Varujan Vosganian (*Partei Alternative Rumäniens*).

schen *Demokratischen Konvention* und insbesondere innerhalb der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei* beizutragen.⁴¹

In der Medienöffentlichkeit hatte die *Demokratische Partei* zum Jahresende viel an Akzeptanz und Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die Stimmen mehrten sich, die dieser Partei vorwarfen, sich 1992 nur zum Schein von ihren ehemaligen Weggefährten innerhalb der *Front der Nationalen Rettung* unter Präsident Iliescu getrennt zu haben. Sie sei nur zum Schein zur Demokratie konvertiert und stelle das trojanische Pferd in der gegenwärtigen Koalition dar.⁴² "Mit einem Bein in der Opposition und mit dem anderen in der Regierung", so die Journalistin Gabriela Adameşteanu, werde die *Demokratische Partei* versuchen, einen maximalen Gewinn aus dem Konflikt mit dem Koalitionspartner *Demokratische Konvention* zu ziehen und gleichzeitig die Wählerschaft der einstigen *Front der Nationalen Rettung* wiederzugewinnen.⁴³

Die neue Regierung, die von der *Demokratischen Partei* im Parlament nur bedingt und zeitlich begrenzt unterstützt wurde, konnte nicht stabiler sein als die bisherige Regierung, in der die Minister dieser Partei im Kabinett vertreten waren. Zu dem Zeitpunkt stellte sie dennoch die einzig denkbare Lösung dar. An Neuwahlen war keine der im Parlament vertretenen Parteien (mehr) interessiert, in der Bevölkerung gab es Umfragen zufolge ebenfalls keine Mehrheit für eine andere als die derzeitige Koalitionsregierung.⁴⁴ Anders als im Falle der Regierungsneubildung vom Dezember 1997 war es jedoch im Februar 1998 klar, daß die nun gefundene Lösung nur eine provisorische sein konnte. Die *Demokratische Partei* hatte der Regierung Ciorbea eine Bewährungsfrist bis zum 31.3.1998 gestellt. An demselben Tage trat Victor Ciorbea als Premierminister zurück.

Die letzten Wochen der Regierung Ciorbea standen im Zeichen der parlamentarischen Debatte über den Staatshaushalt, dessen Verabschiedung immer dringlicher anstand. Der *Demokratischen Partei*, die sich im Aufwind fühlte, gelang es, die bevorstehende Abstimmung über den Staatshaushalt zur Kraftprobe über den Premierminister zu machen. Über Wochen hinweg blieben die Demokraten Petre Romans bei ihrem Entschluß, den Staatshaushalt nur **nach** einem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten zu verabschieden. Um den Haushalt dennoch zu verabschieden, faßte der Premierminister zeitweilig sogar einen Kuhhandel mit der – bis 1996 regierenden – *Partei der Sozialen Demokratie* ins Auge. Die vom früheren Staatspräsidenten Ion Iliescu geführte größte Oppositionspartei stellte jedoch Bedingungen: Neben der Kontrolle des Rechnungshofes über den Privatisierungsprozeß forderte sie, die aus der Privatisierung erzielten Gewinne sollten nicht dem Staatshaushalt zugeführt

⁴¹ Sabina Fati: Ambiguităţile unei crize [Die Zweideutigkeiten einer Krise], in: *Sfera Politicii*, Nr. 59, April 1998.

⁴² Octavian Paler: Unde nu-i cap, vai de ţară [Wehe dem Land, wo die Vernunft fehlt], in: *România Liberă*, 16.1.1998.

⁴³ Gabriela Adameşteanu: Ulciorul nu merge de multe ori la apă [Der Krug geht nicht oft zum Brunnen], in: *România Liberă*, 5.2.1998.

⁴⁴ Umfrage des Zentrums für Urbane und Regionale Soziologie [CURS], veröffentlicht in: *Adevărul*, 6.3.1998.

werden, sondern in die Modernisierung der privatisierten Unternehmen fließen. Die Erfüllung dieser Bedingungen und damit der Versuch, den Widerstand der *Demokratischen Partei* zu umgehen, scheiterte jedoch am Widerspruch der Minister Daniel Dăianu (Finanzen) und Valentin Ionescu (Privatisierung).⁴⁵

Eine Zeit lang hatten die kleineren Parteien innerhalb der *Rumänischen Demokratischen Konvention* darauf bestanden, einen Wechsel im Amt des Premierministers erst nach der Abstimmung über den Haushalt im Parlament zu beschließen, doch dann bröckelte im Kabinett die Unterstützung für den Premierminister, der von Teilen seiner Partei und auch vom Staatspräsidenten mehrmals an der Demission gehindert worden war, immer mehr ab.⁴⁶ Den Startschuß für den offenen Bruch mit dem Premierminister gaben ausgerechnet Mitglieder seiner eigenen Partei, der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei*. Am 21. März 1998 kam es in Braşov/Kronstadt auf der Geburtstagsparty eines Parteimitglieds zu einem "Putsch" jüngerer Abgeordneter und Senatoren gegen die Gerontokraten an der Spitze der *Bauernpartei*. In einem Schreiben fordern sie die Rückkehr der *Demokratischen Partei* ins Kabinett und den Rücktritt von Premierminister Ciorbea. Unter den Anwesenden: Radu Vasile, Generalsekretär der Partei, und Sorin Dimitriu, Vorsitzender des Staatlichen Privatisierungsfonds. Im Anschluß an die innerparteiliche Debatte über das Schreiben der Parteidissidenten wird die Parteileitung aufgefordert, über Maßnahmen zur Beilegung der Konflikte innerhalb der *Rumänischen Demokratischen Konvention* nachzudenken.

Doch auch die anderen Parteien der *Demokratischen Konvention*, die sich bisher den Standpunkt der *Bauernpartei* zu eigen gemacht hatten, gingen nun auf Distanz zum Premierminister. Auf einem Kongreß der *Nationalliberalen Partei* forderten prominente Politiker die Lösung der Regierungskrise vor der Abstimmung über den Staatshaushalt. Auch der *Demokratische Verband der Ungarn Rumäniens* drängte auf den Beginn von Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung.

In dieser Situation waren es nur die drei *parteilosen* Minister Daniel Dăianu (Finanzen), Ilie Şerbănescu (Reformen) und Andrei Pleşu (Äußeres), die in einem offenen Brief an alle Parteien und an die Zivilgesellschaft ihrer Besorgnis darüber Ausdruck verliehen, daß "die Reform anscheinend ein simpler Vorwand für das Aushandeln von Machtpositionen" geworden sei. Im Schlußteil des Appells meint man die Handschrift des Außenministers zu erkennen:

"Vor diesem Hintergrund laufen wir Gefahr, daß uns die Argumente für unseren legitimen Wunsch nach Integration in die europäischen und

⁴⁵ Adrian Ursu: Un buget contra fotoliu de premier [Staatshaushalt gegen Premierministersessel], in: *Adevărul*, 23.3.1998; Oana Iuraşcu: Pe Ciorbea nu-l mai ascultă nici Partidul, nici Guvernul [Ciorbea gehorcht weder die Partei noch die Regierung mehr], in: *Adevărul*, 24.3.1998.

⁴⁶ Siehe hierzu u.a.: Iulian Anghel: Cabinetul Ciorbea la final [Das Kabinett Ciorbea am Ende], in: 22, Nr. 13, 31.3.-6.4.1998.

euro-atlantischen Strukturen abhanden kommen. Es ist unmöglich, eine offensive und überzeugende diplomatische Tätigkeit durchzuführen in einem Kontext, der geprägt ist von andauernder Instabilität, Unentschiedenheit und Korruption. ... Dies ist keine einfache politische Krise, die wir lösen müssen, sondern eine viel tiefere Krise – der Prinzipien, der Mentalitäten und schließlich auch eine Krise der Identität.“⁴⁷

Am Ende stützte sich Ciorbea nur noch auf die – in der *Rumänischen Demokratischen Konvention* pro forma vertretene – *Bürgerallianz* und den harten Kern der *Bauernpartei*. Um dem geplanten Mißtrauensantrag der *Demokratischen Partei* zuvorzukommen, erklärte Victor Ciorbea am 31. 3.1998 seinen Rücktritt vom Amt des Premierministers. Zugleich verzichtete er auch auf das Amt des Oberbürgermeisters von Bukarest, in das er im Juni 1996 gewählt worden war. Nur seinen Posten als Vizepräsident der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei* wollte Victor Ciorbea behalten. Seine Versicherung, er wolle nie wieder ein öffentliches Amt bekleiden, offenbarte die tiefe persönliche Enttäuschung eines gutgläubigen Mannes, der im politischen Alltag – wie manche Beobachter meinen – instrumentalisiert und schließlich geopfert worden sei.⁴⁸

Die Krise der Institutionen

Die Krise des abgelaufenen Jahres ist nicht zuletzt auch als eine Krise der politischen Institutionen – des Staatspräsidenten, der Regierung und der politischen Parteien – zu begreifen. Die Krise **zwischen** den Koalitionsparteien war eng mit Krisen **innerhalb** der an der Regierung beteiligten Parteien und Parteibündnisse vernetzt.

In der *Demokratischen Partei* gährte es. Der ehemalige Außenminister Adrian Severin stand seit längerer Zeit auch in einem ausgeprägten Konkurrenzverhältnis zu seinem Parteivorsitzenden Petre Roman. Im Zuge der von ihm provozierten Regierungskrise trieb er den persönlichen Konflikt mit Roman auf die Spitze.⁴⁹ Severin, der sich an der Parteibasis in der Provinz einen nicht unerheblichen Rückhalt gesichert hatte, nutzte den Konflikt seines Parteikollegen Traian Băsescu mit Premierminister Victor Ciorbea, um Roman in der eigenen Partei unter Druck zu setzen. Um seinen Platz an der Spitze der Partei zu verteidigen, willigte Roman in die Krisenstrategie seiner Partei ein.⁵⁰ Nach seiner Demission als Minister wurde Severin in der *Demokratischen Partei* kaltgestellt und im September 1998 als einer von Petre Romans

⁴⁷ *Adevărul*, 30.3.1998.

⁴⁸ Andrei Cornea: Eticheta Ciorbea [Das Etikett Ciorbea], in: 22, Nr. 13, 31.3.-6.4.1998.

⁴⁹ Cristian Tudor Popescu: Fochistul crizei: Adrian Severin [Der Anheizer der Krise: Adrian Severin], in: *Adevărul*, 13.1.1998; Dumitru Tinu: De ce ar trebui înlocuit un guvern remaniat? [Weshalb sollte eine umgebildete Regierung ausgetauscht werden?], in: *Adevărul*, 16.1.1998.

⁵⁰ *Azi*, 30.1.1998.

Stellvertretern abgewählt. Seit einiger Zeit ist er damit beschäftigt, ein neues Sammelbecken für eine neue sozialdemokratische Linke zu schaffen.

Die Spannungen innerhalb der *Sozialdemokratischen Union*, der neben der *Demokratischen Partei* auch die kleine, aber international angesehen *Sozialdemokratische Partei* angehört, haben das sozialdemokratische Zweckbündnis inzwischen faktisch gesprengt. Die *Sozialdemokratische Partei* strebt eine Zusammenarbeit mit der *Allianz für Rumänien* an, einer Partei, die von dem ehemaligen Außenminister Teodor Meleşcanu nach seiner 1997 erfolgten Trennung von Iliescus *Partei der Sozialen Demokratie* gegründet worden war.

Auch die größte und bislang stabilste Regierungspartei, die *Christdemokratische Nationale Bauernpartei*, zeigt erstmals seit 1989 Anzeichen interner Spannungen. Nach dem Rücktritt Victor Ciorbeas eskalierten die Spannungen zwischen einem vom ehemaligen Premierminister angeführten wertkonservativen Flügel und einer Gruppe von sogenannten Pragmatikern um den neuen Premierminister Radu Vasile.

Hingegen befindet sich die *Nationalliberale Partei* seit ihrer im März 1998 erfolgten Fusion mit der *Partei der Bürgerallianz* im Aufwind. Ihr kämpferisches Selbstbewußtsein war gestiegen und schlug sich in Forderungen nach größerem Einfluß in der Koalition nieder. Ein weiterer Juniorpartner der Konvention, die *Partei Allianz für Rumänien* kämpft unter ihrem ehrgeizigen Vorsitzenden Varujan Vosganian ebenfalls um Macht und Posten zuungunsten der *Bauernpartei*.

Im *Ungarnverband* wächst der Einfluß nationalistischer Kräfte⁵¹ auf die gemäßigte Parteiführung. Bischof László Tőkés, inzwischen Vorsitzender des Weltverbandes der Ungarn, hatte schon im Juli 1997 den Minderheitenminister Tokay als "Apologeten der rumänischen Regierung" bezeichnet und seinen Rücktritt gefordert.⁵²

In Rumänien sind jedoch nicht nur die Parteien im Umbruch. Auch die anderen Institutionen des Staates, allen voran die Funktion des Staatspräsidenten, sind im Wandel begriffen. Nach seiner Wahl im Jahre 1996 ist auch Präsident Emil Constantinescu gefordert, das Amt im Zusammenspiel mit einer ebenfalls aus der Opposition hervorgegangenen Regierung neu zu definieren. Constantinescu hatte die Wahlen als Exponent der Zivilgesellschaft und Kandidat des antikommunistischen Oppositionsbündnisses *Rumänische Demokratische Konvention* gewonnen. Seit Beginn seines Mandats war er bemüht, die in der Verfassung festgelegten weitreichenden Prärogativen seines Amtes mit seinem politischen Credo und seinen moralischen Grundsätzen in Einklang zu bringen. In den ersten Monaten nach seinem Wahlsieg gelang es

⁵¹ Gruppierungen wie "Politische Alternativen" und die "Siebenbürgische Ungarische Initiative" treten radikaler auf. Siehe hierzu: Radicalii maghiari vor înfiinţa gruparea Alternativă politică [Die ungarischen Radikalen werden die Gruppe Politische Alternativen gründen], in: *România Liberă*, 13.1.1998; Dorin Suciu: Extremiştii – scăpaţi de sub control [Die Extremisten – außer Kontrolle geraten], in: *Adevărul*, 26.1.1998.

⁵² Tőkés fordert Absetzung des Ministers Tokay, in: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 15.7.1997.

Präsident Constantinescu sehr wohl, sich als "starke Leitfigur des demokratischen Neuanfangs" und "Galionsfigur des neuen Rumänien" zu etablieren.⁵³ Die rumänische Verfassung schreibt dem Präsidenten den Verzicht auf Parteizugehörigkeit vor. Um parteipolitische Äquidistanz zu üben, ging er auf Abstand zu seinen früheren Weggefährten innerhalb der Regierung. Zwar war er bereit, als Krisenmanager und Moderator zwischen den Parteien zu agieren, vermied es aber, den Entscheidungen des demokratisch gewählten Parlaments vorzugreifen oder sich aktiv in die Regierungsgeschäfte einzuschalten.

Das Prinzip der Gewaltentrennung und der Stärkung der Institutionen des Staates erhob er zur obersten Maxime seines politischen Handelns.⁵⁴ Rumänien, so Constantinescu, brauche keinen "Präsidentenpremier", sondern "Institutionen mit klar abgegrenzten Zuständigkeiten, die sie im Rahmen der Verfassung erfüllen müßten."⁵⁵ Im Verlauf der sich hinziehenden Regierungskrise verwies Constantinescu die streitenden Politiker zu wiederholten Malen auf das Parlament als diejenige Institution, wo über das Schicksal der Regierung entschieden werden müsse: "Regierungswechsel erfolgen im Parlament und nicht im Fernsehen", sagte er in einer offiziellen Erklärung zur Regierungskrise am 17. Januar 1998.⁵⁶ Erst als die *Demokratische Partei* die parlamentarische Lösung boykottierte und mit dem Abzug ihrer Minister aus dem Kabinett drohte, rückte der Präsident vom Prinzip der Nichteinmischung ab.⁵⁷ "Angesichts der negativen Auswirkungen der sich hinziehenden Regierungskrise auf die öffentliche Meinung in Rumänien und auf die internationalen Interessen Rumäniens" habe er beschlossen, sich persönlich in die Versuche zur Lösung der Krise einzuschalten und Gespräche mit Vertretern aller parlamentarischen Parteien zu führen.⁵⁸ Im Anschluß bat er die beiden der *Demokratischen Partei* angehörenden oder von ihr aufgestellten Minister (Babiuc – Verteidigung und Pleşu – Äußeres) im Amt zu bleiben.

Mit seinem Versuch, die Verfassung über alle und alles zu stellen, erntete der Präsident auch Kritik. Seinen früheren politischen Mitstreitern von der *Bürgerallianz* und deren publizistischen Wegbegleitern ging der Präsident in seinem Einsatz gegen Korruption nicht weit genug, andere wiederum, wie der zeitweilig zurückgetretene Transportminister Traian Băsescu, warfen ihm vor, dabei zu weit gegangen zu sein. Weil Constantinescu nach seiner Amtseinsetzung keine Hexenjagd gegen Vertreter der alten Strukturen gestartet hatte, sondern versuchte, seine Macht auf institutionellem Wege zu festigen, wurde

⁵³ Berthold Kohler: Die schwerste Prüfung steht den Rumänen noch bevor, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.4.1997.

⁵⁴ Siehe hierzu das Interview Präsident Constantinescu in der Tageszeitung *Adevărul*, 28.11.1997.

⁵⁵ Rodica Ciobanu: Emil Constantinescu nu se vrea "preşedinte-premier" [Emil Constantinescu will kein "Präsidentenpremier" sein], in: *Adevărul*, 18.8.1998.

⁵⁶ Text der offiziellen Erklärung des Präsidenten vom 17.1.1997 in: 22, Nr. 3, 20-26. 1.1998.

⁵⁷ Regierungskrise wurde vom Parlament nicht gelöst, in: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 23.1.1998.

⁵⁸ *Azi*, 29.1.1998.

ihm Paktieren mit den alten Seilschaften, insbesondere den Geheimdiensten, vorgeworfen.⁵⁹ Eine brisante und noch nicht hinreichend aufgeklärte Affäre um Zigarettenschmuggel wurde dazu benutzt, Korruptionsvorwürfe gegen den Präsidenten und seine engsten Mitarbeiter zu konstruieren.⁶⁰

In der Dauerkrise der letzten Monate hat auch das Ansehen des Präsidenten gelitten. Dabei könnte gerade seine Zurückhaltung eine Rolle gespielt haben. Im März 1998 wünschten sich 64 Prozent der Teilnehmer einer Umfrage, der Präsident solle sich stärker in die Regierungsgeschäfte einmischen, 15,5 Prozent wünschten, er solle weitermachen wie bisher, nur 9,6 Prozent optierten für ein geringeres Engagement Constantinescus.⁶¹ Bei einer Meinungsumfrage vom Dezember 1997 erklärten 52 Prozent Präsident Emil Constantinescu zu einem Politiker ihres Vertrauens, im Juni 1998 waren es nur noch 39 Prozent.⁶² Bei den Umfragen über die Option für den künftigen rumänischen Präsidenten führte Emil Constantinescu mit 45 Prozent im März 1998 jedoch mit großem Abstand vor Ion Iliescu als dem Zweitplacierten mit 14 Prozent, Corneliu Vadim Tudor mit 13 Prozent, Teodor Meleşcanu mit 12 Prozent und Petre Roman mit 9 Prozent.⁶³ (Siehe Tabelle 1 und 2).

Tabelle 1: Optionen für politische Parteien (in Prozent)

Politische Partei	12/97	2/98	6/98
CDR Demokratische Konvention	42	27,9	34
USD/PD Demokratische Partei	8	18	14
PDSR Partei der Sozialen Demokratie	16	18	22
PRM Partei Großrumänien	12	13	13
APR Allianz für Rumänien	9	8	7
UDMR Ungarnverband	5	7	6

Quelle: Rumänische Tagespresse

Als besonders schmerzhaft muß der Präsident das Scheitern seines langjährigen Weggefährten Victor Ciorbea empfunden haben. In einem stark emotional gefärbten Rückblick auf seine Amtszeit hatte der frühere Premierminister im Juni 1998 kein Hehl aus seiner menschlichen Enttäuschung über das Verhalten des Präsidenten Constantinescu in der Krise gemacht.⁶⁴ Aus der Sicht des Präsidenten wiederum bedeutete das Scheitern Victor Ciorbeas nicht nur eine persönliche, sondern auch eine politische Niederlage. Schließlich war es Constantinescu gewesen, der Victor Ciorbea dazu bewogen hatte, im November 1996 zusätzlich zum Amt des Oberbürgermeisters von Buka-

⁵⁹ Valentin Constantinescu: *Erorile d-lui Traian Băsescu* [Die Irrtümer des Herrn Traian Băsescu], in: *România Liberă*, 16.1.1998.

⁶⁰ Präsidentenberaterin Zoe Petre in einem Interview mit der Zeitung 22, Nr. 21, 26.5. - 1.6.1998.

⁶¹ *Azi*, 5.3.1998.

⁶² *Azi*, 26.6.1998.

⁶³ *Azi*, 5.3.1998.

⁶⁴ 22, Nr. 23, 9.-15.6.1998.

rest, das er erst seit Juni 1996 ausübte, auch das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Damit wollte der Präsident nicht zuletzt auch einem anderen Anwärter auf dieses Amt zuvorkommen, der sein Vertrauen nicht in demselben Maße besaß. Es war der Nachfolger Victor Ciorbeas im Amt des Ministerpräsidenten, Radu Vasile.

Tabelle 2: Vertrauen in die Politiker (in Prozent)

Politiker	12/97	6/98
Emil CONSTANTINESCU	52	39
Teodor MELEŞCANU	41	36
Victor CIORBEA	40	17
Petre ROMAN	32	25
Adrian NĂSTASE	30	21
Corneliu Vadim TUDOR	29	26
Varujan VOSGANIAN	24	16
Ion ILIESCU	24	28
Ion DIACONESCU	21	11
Radu VASILE	20	39
Mircea Ionescu QUINTUS		16
Gheorghe FUNAR		16
Nicolae CERVENI		7
Béla MARKÓ		6
Tudor MOHORA		6

Quelle: Rumänische Tagespresse

April 1998: Neuer Premierminister mit alten Problemen

Die Spannungen zwischen Präsident Emil Constantinescu und seinem Parteikollegen Radu Vasile sind nicht neu. Es sei wahr, so Präsidentenberaterin Zoe Petre, daß Vasile dem Präsidenten niemals nahe gestanden habe, aber schließlich müsse der Regierungschef ja auch kein Freund des Präsidenten sein.⁶⁵ Nach dem Tode des großen alten Mannes der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei*, Corneliu Coposu, im November 1995 stemmte Radu Vasile sich gegen eine Nominierung Emil Constantinescus als Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat des Oppositionsbündnisses *Rumänische Demokratische Konvention* – weil er angeblich nicht an dessen Erfolgsschancen glaubte.⁶⁶

Nach dem Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen des Jahres 1996 hatte sich Radu Vasile in den Medien bereits als sicherer Kandidat für das Amt des Premierministers geriert. Im Falle einer Kohabitation mit einem Prä-

⁶⁵ Berthold Kohler: In Bukarest beschwören alle die Vernunft, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.4.1998.

⁶⁶ O strângere de mână de fiecare îşi va aminti diferit [Ein Händedruck, an den sich jeder in anderer Weise erinnern wird], in: *România Liberă*, 3.4.1998; Berthold Kohler: Lernfähiger rumänischer Pragmatiker, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.4.1998.

sidenten Ion Iliescu, mit dessen Sieg im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen nicht nur Vasile gerechnet hatte, wäre ihm dieses Amt womöglich auch sicher gewesen. Nach seinem Überraschungssieg beauftragte der neu gewählte Präsident Emil Constantinescu jedoch seinen Vertrauten Victor Ciorbea mit dem Amt des Ministerpräsidenten. Seither betätigte sich Vasile als Kritiker der Politik seiner eigenen Partei und der Regierungskoalition.⁶⁷ Nach der Regierungsumbildung vom Dezember 1997 häuften sich die kritischen Stellungnahmen Radu Vasiles an die Adresse der Regierung in den Medien derart, daß die Führung der *Bauernpartei* ihm für zwei Monate ein öffentliches Redeverbot auferlegte.⁶⁸

Am 21. März 1998 stellte Vasile sich an die Spitze einer Gruppe vorwiegend jüngerer "Dissidenten" in der *Bauernpartei*, die in einem Schreiben den Rücktritt von Premierminister Ciorbea forderten. Innerhalb der *Bauernpartei* hatte ihr ehemaliger Sprecher und aktueller Generalsekretär Vasile wesentlich mehr Einfluß als Premierminister Ciorbea, der erst Ende 1997 zu einem ihrer Vizepräsidenten ernannt worden war. Auch verfügte Vasile – wie die Aktion in Kronstadt bewies – über eine eigene Hausmacht in der Partei. Und schließlich hatte er, anders als der in Parlamentsdingen unerfahrene Ciorbea, seit 1990 in drei Legislaturperioden im Senat gesessen, zuletzt als dessen Vizepräsident. Seine Beziehungen zur *Demokratischen Partei* des Parlamentspräsidenten Petre Roman, aber auch zur *Partei der Sozialen Demokratie* Ion Iliescus galten als gut. Der innerparteiliche "Putsch" der Gruppe um Radu Vasile führte zum Zusammenbruch der Front innerhalb der *Bauernpartei*, die bis dahin für den Verbleib Ciorbeas an der Regierungsspitze eingetreten war. Daraufhin ließen auch die anderen Parteien der *Rumänischen Demokratischen Konvention* Ciorbea fallen. Es fiel Radu Vasile leicht, sich innerhalb der *Bauernpartei* gegen den ehemaligen Finanz- und Wirtschaftsminister Mircea Ciurara und den Vorsitzenden des Staatlichen Privatisierungsfonds, Sorin Dimitriu, durchzusetzen. Innerhalb weniger Tage stellte der designierte Premierminister Radu Vasile seine Kabinettsliste fertig, am 13. April 1998 wurde die Regierung Radu Vasiles im Parlament bestätigt, am 15. April wurde er von Staatspräsident Emil Constantinescu als neuer rumänischer Premierminister vereidigt.

Der 55-jährige Radu Vasile, Wirtschaftshistoriker, Hochschullehrer an der Bukarester Wirtschaftsakademie ASE, gehört der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei* seit ihrer Wiedezulassung im Dezember 1989 an. Vor der Wende war der Sohn eines während der 30er Jahre aktiven Mitglieds der *Bauernpartei* Verfolgungen ausgesetzt, der *Rumänischen Kommunistischen Partei* hatte er nicht angehört. Seit den ersten freien Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vom Mai 1990 war er Mitglied des rumänischen

⁶⁷ Vgl. Hans-Christian Maner: Rumänien nach den Novemberwahlen 1998 – die ersten 100 Tage der neuen Machthaber, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 2/1997, S.119.

⁶⁸ Criză sau război? [Krise oder Krieg], in: *Dilema*, Nr. 259, 16.-22.1.1998; Clementina Filip, Rodica Vasilcan: Radu Vasile, sub embargo [Radu Vasile unter Embargo], in: *România Liberă*, 14.11.1998.

Senats und seit den Wahlen von 1996 dessen Vizepräsident. Neben Führungsfunktionen innerhalb der *Bauernpartei* (siehe Dokumentation) nahm er internationale Aufgaben als Vorsitzender der rumänischen Delegation im Europarat und – zwischen 1997 und 1998 – als Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung des Europarats wahr.

Seine Ernennung wurde von Vertretern aller im Parlament vertretenen Parteien begrüßt. Obwohl er als atypischer Politiker der *Bauernpartei* gilt, konnte er auf der Karriereleiter dieser Partei schnell aufsteigen. Den Politikern anderer Parteien gilt er als pragmatisch, flexibel, anpassungsfähig bis hin zur politischen Unschärfe. Ein Zeitungskommentar beschreibt ihn als

"gutmütig gegenüber der *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens*, jovial im Umgang mit der *Demokratischen Partei*, freundschaftlich mit den *Liberalen*, zum Scherzen aufgelegt mit dem *Ungarnverband* eine Art Universalpolitiker, der zu allen Parteien und Richtungen paßt."⁶⁹

Radu Vasiles "alt-neue"⁷⁰ Regierungsmannschaft wirkt auf den ersten Blick fast wie eine Regierung Ciorbea ohne Ciorbea. Die Kontinuität wird durch die Außenminister Pleşu (*parteilos*), Finanzminister Dăianu (*parteilos*), Innenminister Dejeu (*Bauernpartei*), Erziehungsminister Marga (*Bauernpartei*), Landwirtschaftsminister Gavrilescu (*Bauernpartei*), den Minister für Öffentliche Arbeiten und Landesplanung Noica (*Bauernpartei*), den Minister für Kommunikation Pantiş (*Nationalliberale Partei*), Justizminister Stoica (*Nationalliberale Partei*), Jugend- und Sportminister Antonescu (*Nationalliberale Partei*), den Delegierten Minister für Europäische Integration Herlea (*Bauernpartei*), den Delegierten Minderheitenminister Tokay (*Ungarnverband*), Kulturminister Caramitru (*Christdemokratische Nationale Bauernpartei*), und die Rückkehrer Verteidigungsminister Babiuc (*Demokratische Partei*), und Transportminister Băsescu (*Demokratische Partei*) gewährleistet.

Einige Ministerposten wurden zwischen den Koalitionsparteien neu verteilt. Mit Radu Berceanu als dem neuen Wirtschafts- und Industrieminister sicherte sich die *Demokratische Partei* ein seit langem angestrebtes Ministerium im Bereich der Wirtschaft. Hinzu kam – im Tausch mit dem Ungarnverband – das Tourismusministerium für Sorin Frunzăverde (*Demokratische Partei*), der dafür mit Francisc Baranyi (*Ungarnverband*) den neuen Gesundheitsminister stellte. Das bisher von der *Demokratischen Partei* (Frunzăverde) gehaltene Ministerium für Wasser-, Fortwirtschaft und Umweltschutz ging an Romică Tomescu von der *Bauernpartei*. Die *Demokratische Partei* trat das Ministerium für Wissenschaft und Technologie an die *Partei Alternative Rumäniens* ab, die damit ihr zweites Ministerium zugesprochen bekam.

In der neuen Regierung spielt die Zugehörigkeit zu einer Partei wieder eine größere Rolle als in der zweiten Regierung Ciorbea, der Anteil der Techniker wurde wieder zurückgedrängt. Der im Dezember 1997 nominierte parteilose Minister Ilie Şerbănescu verließ das Kabinett. Geblieben sind die Mi-

⁶⁹ Rodica Ciobanu; Un guvern cu două necunoscutute [Eine Regierung mit zwei Unbekannten], in: *Adevărul*, 9.4.1998.

⁷⁰ Alt-neue Regierung in Rumänien, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9.4.1998.

nister Pleşu und Dăianu, die, obwohl parteilos, von in der Koalition vertretenen Parteien "adoptiert" wurden. Das an der Spitze neu besetzte Ministerium für die Beziehungen zum Parlament verblieb bei der *Demokratischen Partei*, das Amt des Generalsekretärs der Regierung – ebenfalls mit einem neuen Minister – bei der *Nationalliberalen Partei*. Das umstrittene Amt eines Delegierten Ministers beim Premierminister für die Koordinierung des Generalsekretariats der Regierung und des Departements für Lokalverwaltung, seit 1996 im Besitz der *Bauernpartei*, wurde ersatzlos gestrichen.

Der direkte Einfluß der Parteispitzen auf die Regierungsarbeit wurde durch Abschaffung der bisherigen Mechanismen zur Koordinierung der Regierungsarbeit zurückgedrängt. Neues Zentrum der Regierungsentscheidungen soll ein Triumvirat werden, bestehend aus dem Premierminister und zwei (anstelle der bisher vier) Staatsministern, in dem die Gewichte gleichmäßiger als bisher zwischen *Bauernpartei* (Premierminister), *Demokratischer Partei* (Verteidigungsminister) und *Nationalliberaler Partei* (Justizminister) verteilt sein sollen. Ziel dieser Maßnahmen, denen weitere Maßnahmen zur Verschlanung des Regierungsapparats folgen sollen, ist es, die Autorität des Premierministers zu stärken, die Kabinettsarbeit effizienter zu gestalten und die Reibungsverluste zwischen den Koalitionspartnern zu reduzieren.

Auch das Programm der neuen Regierung wirkt nicht eigentlich neu, was angesichts der fortgeschriebenen politischen Optionen, der knappen Haushaltsressourcen sowie der personellen Kontinuität an der Spitze der meisten Ministerien auch nicht zu erwarten war. Positiv schlug zu Buche, daß der neue Premierminister Vasile den Reformprozeß nicht nur fortführen, sondern durch die Setzung konkreter Zeitpläne für die geplanten, notwendigen Reformschritte beschleunigen wollte. Dies gilt nicht nur für die überfällige Privatisierung der "Regiebetriebe" und der Banken, sondern auch für die anstehende Auflösung der großen staatlichen Monopole im landwirtschaftlichen Bereich. Für die Lösung der zwischen *Bauernpartei* und *Demokratischer Partei* strittigen Restitutionsfragen wurde ein konkreter Termin gesetzt. Der erzielte Kompromiß sieht auch Maßnahmen zum Schutz der Mieter vor.⁷¹

Trotz der positiven Aspekte der Regierungsumbildung unter dem neuen Premierminister Radu Vasile reagierte die Öffentlichkeit weit weniger enthusiastisch als bei dem Neuanfang vom November 1996. Zur Zeit läßt sich die Stimmung in der Bevölkerung am besten als eine Mischung aus Verzweiflung und Hoffnung beschreiben, für die man in Rumänien den Ausdruck "exasperanţa" geprägt hat. In der Presse ist von einer neuen Chance für die Koalition und für die ihr angehörenden Parteien die Rede. Es sei, so ein Kommentator

"die Chance, zu beweisen, daß die Qualen der vergangenen Monate nicht die Frucht kleinlicher Ambitionen, Eifersüchteleien, Überheblichkeiten und niedriger politischer Interessen gewesen seien, sondern Ausdruck des Wunsches nach Veränderung. Eine dritte Chance gibt es in

⁷¹ Erneuerte Reformversprechen in Rumänien, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.4.1998.

der Regel nicht mehr".⁷²

Seit April 1998 mehren sich allerdings die Anzeichen dafür, daß Rumänien diese neuerliche "Chance nach der Chance" auch nicht nutzen kann. Die neue Regierung Vasile schlägt sich mit denselben Problemen herum, die bereits das Funktionieren der alten Regierung Ciorbea behindert hatten: programmatische Differenzen innerhalb und zwischen den Parteien, Rangeleien um den Parteienproporz, Mangel an Fachkompetenz und an Koordinierung der Regierungsarbeit, Kampf um Macht und Einfluß zwischen alten und neuen Eliten in Politik und Wirtschaft. Auch die Reformprogramme der Regierung kommen nicht voran. Einige der ehrgeizigen Termine ihres Privatisierungsprogramms – RomTelecom für Ende April 1998, Renel für Ende Mai, Romgaz für Ende Juni – sind bereits verstrichen. Nun soll mit der Privatisierung der ersten Bank, Bancpost, Ernst gemacht werden. Die Umstrukturierung der wichtigsten Verlustbetriebe Ende Oktober rückt näher. Gegenüber dem Internationalen Währungsfonds hatte Radu Vasile ein "selbstbewußteres" Auftreten angesagt – doch zur Zeit besitzt Rumänien kein Abkommen mit dem IWF. Der Grund: Es fehlt das so oft angemahnte klare Reformkonzept.⁷³

Im Kabinett ist der Streit um den Staatshaushalt angesichts sinkender Einnahmen aus der lahrenden Privatisierung neu entbrannt. Der Konflikt um einen bereits 1997 abgeschlossenen Vertrag mit dem amerikanischen Rüstungskonzern Bell Helicopters über den Ankauf von 96 Kampfhubschraubern aus der geplanten gemeinsamen Produktion in Ghimbav/Weidenbach geht quer durch die Koalition und durch die Parteien.

Die parlamentarische Debatte über den Antrag des streitbaren Senators der *Bauernpartei*, Constantin Ticu Dumitrescu, die Akten der kommunistischen Geheimpolizei der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sorgte für Unruhe in allen Parteien. Der vom *Ungarnverband* gestellte Gesundheitsminister Baranyi trat unter dem Verdacht, als Informant für den kommunistischen Geheimdienst gearbeitet zu haben, von seinem Amt zurück. Nach der parlamentarischen Sommerpause könnte es zu einer ersten Umbildung der erst wenige Monate alten Regierung Vasile kommen. Mehrere Minister – darunter Finanzminister Dăianu, Privatisierungsminister Dimitriu, vielleicht auch Erziehungsminister Marga, der gegen eine unabhängige ungarische Universitätsgründung argumentiert – könnten ausgetauscht werden. Der neu entbrannte Konflikt zwischen dem *Ungarnverband* und den anderen Koalitionsparteien droht die Beziehungen zur neuen ungarischen Regierung zu belasten.

In seinen außenpolitischen Aktionen und Verlautbarungen hat Premierminister Radu Vasile bisher wenig Kompetenz und noch weniger Fingerspitzengefühl gezeigt. Hinzu kommt ein ausgeprägter Hang zu politischen Alleingängen. Insbesondere sein öffentliches Nachdenken über die Notwendig-

⁷² Rodica Ciobanu: Un guvern cu două necunoscute [Eine Regierung mit zwei Unbekannten], in: *Adevărul*, 9.4.1998.

⁷³ Cristian Tudor Popescu: Pentru tactica și strategia programului economic, nu contați pe FMI! [Rechnen Sie für die Taktik und Strategie des Wirtschaftsprogramms nicht auf den IWF!], in: *Adevărul*, 9.4.1998.

keit einer "Nicht-NATO-Strategie" für Rumänien stieß in der Presse auf Kritik.⁷⁴ Zwar haben sich Präsident Constantinescu und Außenminister Pleşu im Vorfeld des Washingtoner Gipfeltreffens für eine weitgehend emotionsfreie Strategie der "aktiven Erwartung" ausgesprochen, doch Vasile nannte politische Alternativen für die Übergangszeit bis zur NATO-Aufnahme wie eine "politische Sicherheitsformel Rumänien-Türkei-Israel", eine "wirtschaftliche Sicherheitsformel CEFTA" und verbesserte Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland.⁷⁵

Mögliche Folgen der Regierungskrise

Die möglichen negativen Folgen der fortdauernden Regierungskrise in Rumänien sind klar abzusehen. Es droht Gefahr für das Ansehen von Regierung, Parlament und Präsidentenamt, Gefahr für den sozialen Frieden im Lande, Gefahr für die Wahrung der bisher erzielten makroökonomischen Stabilisierungseffekte, Gefahr für den Wirtschafts- und Investitionsstandort Rumänien. Die Gefahr ist groß, das nach 1996 neu gewonnene Image des Landes und die bisher erzielten Erfolge auf dem Wege der Integration in NATO und EU wieder zu verspielen. Je mehr Zeit verstreicht, desto höher steigen die sozialen Kosten der Transformation und desto mehr schwinden die Chancen für den erfolgreichen Umbau und die Gesundung der Wirtschaft.

Einige dieser Gefahren sind bereits eingetreten. "Ein Rückschritt für Rumänien", urteilt die Zeitung *Wall Street Journal*.⁷⁶ Die wirtschaftlichen Indikatoren weisen fortlaufend nach unten. Der Leu hat weiter an Wert eingebüßt, die Aktien an der Warenbörse fielen in den Keller. Die Gewerkschaften machen mobil, die Opposition heizt das soziale Klima zusätzlich an. Das Ansehen von Präsident, Regierung und Parteien ist gesunken. Die Kreditwürdigkeit Rumäniens bei internationalen Banken hat sich verschlechtert, westliche Investoren sind angesichts des Fehlens eines Abkommens Rumänien mit dem Internationalen Währungsfonds zunehmend skeptisch. Im Ausland, so der Vertreter der Weltbank in Rumänien, François Ettori, sei die Wahrnehmung hinsichtlich der Fähigkeit Rumäniens, Wirtschaftsreformen oder überhaupt irgendwelche Wirtschaftsprogramme durchzuführen, negativ beeinflusst worden.⁷⁷ Rumänien, so Berthold Kohler von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, stehe erneut an einem Wendepunkt. Das Land habe gegenwärtig aber weit mehr zu verlieren als bei dem "zweiten Wendepunkt" des Wahljahres 1996 – nämlich "einen leicht zu verspielenden guten Ruf."⁷⁸

⁷⁴ Wörtlich hatte Radu Vasile in einer Rede vor jungen Mitgliedern der Bauernpartei gesagt: "Praktisch, wenn wir realistisch urteilen, werden wir im April 1999 nicht in die NATO aufgenommen und daher müssen wir auch eine Nicht-NATO-Strategie [o strategie non-NATO] vorbereitet haben", in: *Adevărul*, 29.6.1998.

⁷⁵ Interview in: *Adevărul*, 27.7.1998.

⁷⁶ 21.1.1998.

⁷⁷ Interview Ettoris mit der Zeitung *Adevărul*, 11.4.1998.

⁷⁸ Berthold Kohler: Rumänien am Wendepunkt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.2.1998.

Das dürfte insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Aufnahme Rumäniens in NATO und EU von Bedeutung sein. Das Jahr 1997 hatte Rumänien einen doppelten Zurückweisungsschock bereitet. In einem offiziellen Kommuniqué anlässlich der Entscheidung des Madrider NATO-Gipfels hatte das rumänische Außenministerium versichert, die Integration des Landes in die europäischen und euro-atlantischen Strukturen und die Fortführung demokratischer Reformen blieben die festen Optionen Rumäniens, da sie den fundamentalen Interessen ebenso wie den Werten entsprächen, für die Rumänien sich definitiv entschieden habe.

Trotz Nichtaufnahme in der ersten Runde sieht Rumänien sich als Teil der Prozesse, die im Bündnis ablaufen und will auch weiterhin zur Erfüllung seiner globalen und regionalen Zielsetzungen beitragen. Die Zeitspanne bis 1999 werde nicht der passiven Erwartung, sondern der Konsolidierung des bisher Erreichten dienen.⁷⁹ Bei der Beurteilung der neuen Sicherheitslage Rumäniens geht die militärische Führung davon aus, daß die künftige Aufnahme Rumäniens in die NATO zwar möglich, aber keineswegs sicher ist.⁸⁰ Daher müsse die rumänischen Sicherheitspolitik darauf ausgerichtet sein, den Abstand zu der Gruppe der ersten für den NATO-Beitritt nominierten mitteleuropäischen Staaten zu verringern und effiziente Strategien zur Bekämpfung der vorwiegend nichtmilitärischen Bedrohungen umzusetzen.

Der Erfolg der Integrationspolitik Rumäniens, so hatte Ministerpräsident Ciorbea im Juli 1997 betont, werde vom Erfolg seines Reformprogramms abhängen.⁸¹ Das auch unter seinem Nachfolger Radu Vasile schleppende Reformtempo ist denn auch ein wichtiger Grund, der von Vertretern von NATO und EU gegen eine baldige Aufnahme Rumäniens in die europäischen und euro-atlantischen Strukturen ins Feld geführt wird. Im Abschlußkommuniqué des Madrider NATO-Gipfels war Rumänien wegen seiner Fortschritte in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft lobend erwähnt worden. Anlässlich seines "Beschwichtigungsbesuchs"⁸² in Rumänien im Anschluß an den Madrider Gipfel hatte US-Präsident Bill Clinton den Rumänen dringend geraten, den eingeschlagenen Reformkurs beizubehalten ("stay the course")⁸³. Anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident Emil Constantinescu in den USA im Juli 1998 versicherten die USA, sie wollten Rumänien helfen, zum stärksten Kandidaten für eine eventuelle Aufnahme in die NATO zu werden.⁸⁴ Zugleich

⁷⁹ Cristina Terenche: O conferință de presă cu dus și întors [Eine Pressekonferenz mit Hin und Her], in: *România Liberă*, 11.7.1997.

⁸⁰ C. Alexandru: Lărgirea NATO. Retrospectivă și perspectivă [Die NATO-Erweiterung. Rückblick und Ausblick], in: *Observatorul Militar*, Nr. 37, 17.-23.9.1997.

⁸¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.7.1997.

⁸² Klaus-Dieter Frankenberger: An den Rändern – wovon?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.12.1997.

⁸³ Michael Dobbs: Romania Hears Clinton's Pledge. Staying Course of Reform Will 'Open Door' to NATO, in: *International Herald Tribune*, 12.7.1997.

⁸⁴ Text des gemeinsamen rumänisch-amerikanischen Kommuniqués. siehe hierzu: Dumitru Tinu: Un parteneriat fără cărje [Eine Partnerschaft ohne Krücken], in: *Adevărul*, 17.7.1978.

ließen Vertreter der amerikanischen Administration keinen Zweifel daran, daß Rumänien zuerst sein Reformprogramm erfüllen und seine Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen müsse, ehe es zur Aufnahme in die NATO anstehe.⁸⁵

Zur Zeit scheint man in Bukarest als wichtigstes Ziel für den Washingtoner NATO-Gipfel die Festschreibung des in Madrid (aus rumänischer Sicht) erzielten Sonderstatus anzusteuern. Das Gipfeltreffen in Washington, so Verteidigungsminister Victor Babiuc, solle für Rumänien ein "Madrid plus" werden.⁸⁶ In Journalistenkreisen spekuliert man über eine Sonderbeziehung Rumäniens zur NATO ähnlich der, die zwischen der NATO und der Ukraine besteht.⁸⁷

Das am 13. Dezember 1997 unterzeichnete Abkommen von Luxemburg über die Erweiterung der Europäischen Union entsprach nicht den Hoffnungen Rumäniens auf eine Umsetzung des Startlinienmodells. Für die Kandidaten der zweiten Gruppe, zu denen auch Rumänien gehört, ist für Ende 1998 eine "analytische Prüfung" der Beitrittsreife durch die Kommission vorgesehen. Daran könnten sich unmittelbar konkrete Beitrittsgespräche anschließen.⁸⁸ Anders als im Falle der Empfehlungen der Europäischen Kommission wurden die in Luxemburg getroffenen Entscheidungen seitens der rumänischen Führung jedoch mit Blick auf den Zustand der rumänischen Wirtschaft und den Stand der Reformen korrekt eingestuft.⁸⁹

Nun scheinen sich die Chancen der Annäherung Rumäniens an die EU jedoch verschlechtert zu haben. Bei seinem Rumänienbesuch im Juli 1998 äußerte Gunter Burghardt, Generaldirektor für Auswärtige Beziehungen der Europäischen Kommission zu den Staaten Europas und der GUS, die Befürchtung, daß Rumänien bei der für das Jahresende angesetzten Überprüfung der EU-Beitrittskandidaten womöglich das einzige Land sein werde, das seine Leistungen seit der Veröffentlichung der Agenda 2000 nicht nur nicht verbessert, sondern sogar einen Rückschritt zu verzeichnen habe. Die Entwicklung einer funktionierenden Marktwirtschaft und eines starken privaten Sektors stelle die absolute Priorität mit Blick auf den EU-Beitritt dar. Die Reform der öffentlichen Verwaltung sei nicht weit genug fortgeschritten, was wiederum die Fähigkeit Rumäniens mindere, die von der Union bereitgestellten Hilfen

⁸⁵ România va intra în NATO când va face reforma [Rumänien wird in die NATO eintreten, wenn es seine Reformen umsetzen wird], in: *Adevărul*, 18.7.1998.

⁸⁶ Victor Babiuc: Vizita în SUA, o reuşită [Der Besuch in den USA, ein Erfolg], in: *Azi*, 23.7.1998.

⁸⁷ Bogdan Chirieac: Pentru NATO, România a ajuns la "şi alţii" [Für die NATO gehört Rumänien inzwischen in die Rubrik "ferner liefern"], in: *Adevărul*, 12.8.1998.

⁸⁸ Michael Stabenow: Eine Botschaft der Hoffnung und des Friedens. Die historische Entscheidung von Luxemburg, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.12.1997; Fortschritte im Erweiterungsprozeß der EU, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.12.1997.

⁸⁹ Rodica Palade: Corturi albe şi o navă în zare [Weiße Zelte und ein Schiff in Sicht], in: 22, Nr. 26, 1.-7.7.1997.

zu absorbieren.⁹⁰

Der Handel mit den Staaten der CEFTA im ersten Jahr nach dem am 12. April 1997 unterzeichneten und zum 1. Juli 1997 in Kraft getretenen Beitritt Rumäniens zu dieser Organisation hat nicht nur positive Ergebnisse gebracht. Zwar konnte Rumänien seinen Außenhandel mit Polen und Ungarn ausbauen, zugleich gab es aber ähnlich wie in Polen und Slowenien auch Schwierigkeiten für die heimische Landwirtschaft, die zu Streiks der Betroffenen und zu Spannungen im Verhältnis zu Partnerstaaten wie Ungarn führten.⁹¹

Ende Oktober 1998 stehen in Bukarest Wahlen für die Neubesetzung des Postens des Oberbürgermeisters der Hauptstadt an. Sie waren nach dem Rücktritt Victor Ciorbeas als Premierminister *und* Oberbürgermeister notwendig geworden. Die Bukarestwahl könnte zu einer Testwahl werden, die Auskunft über die wirkliche Stärke der an der regierenden Koalition beteiligten politischen Parteien geben könnte. Sicher ist zur Zeit nur, daß diese Wahlen den angeschlagenen Staatshaushalt zusätzlich belasten werden. Ob sie auch zu einer Beruhigung des politischen Klimas führen, darf bezweifelt werden.

⁹⁰ Marius Hosu: De anul trecut, România a dat înapoi în loc să progreseze [Seit dem vergangenen Jahr ist Rumänien zurückgefallen anstatt Fortschritte zu machen], in: *Adevărul*, 11.7.1998.

⁹¹ Acordul CEFTA îşi arată roadele [Das CEFTA-Abkommen beginnt Früchte zu tragen], in: *Azi*, 20.7.1998.